



2005/27 Inland

<https://jungle.world/artikel/2005/27/schneller-studieren-gegen-gebuehren>

Schneller studieren gegen Gebühren

Von **Josefine Haubold**

In Nordrhein-Westfalen kämpfen die Studentenverbände nicht nur gegen Studiengebühren, sondern auch gegen das Desinteresse ihrer Kommilitonen.
von josefine haubold

Nachdem im Januar das Bundesverfassungsgericht das Verbot von Studiengebühren für rechtswidrig erklärt hat, rückt in immer mehr Bundesländern die Einführung solcher Gebühren in bedrohliche Nähe. In Baden-Württemberg und Niedersachsen sollen spätestens ab dem Jahr 2007 je 500 Euro pro Semester und Student erhoben werden, die neu gewählte nordrhein-westfälische Landesregierung aus der CDU und der FDP wünscht sich Studiengebühren möglichst schon ab dem Sommersemester 2006, Bayern ab dem kommenden Wintersemester.

Außerdem einigten sich am 23. Juni die Wissenschaftsminister der Länder und Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) auf ein 1,9 Milliarden umfassendes Programm zur Elitenförderung. Mit dem Geld sollen von 2006 bis 2011 Graduiertenschulen aufgebaut, die Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, so genannte Exzellenzcluster, vorangetrieben und »Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung« gefördert werden.

Bereits Anfang des Jahres kam es daher in vielen Städten zu Demonstrationen gegen Studiengebühren. Als Ende Mai die Pläne der schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen bekannt wurden, versammelten sich Studierende zu spontanen Kundgebungen; in Bochum, Bonn und Düsseldorf wurden auf dem Campus Protestcamps errichtet.

Aber der »Summer of Resistance«, wie sie ihren Protest nennen, flaut ab, bevor er richtig begonnen hat. Zu frisch sind bei vielen offenbar die Erinnerungen an die erfolglosen Aktionen gegen Studiengebühren für so genannte Langzeitstudenten vom Winter 2003. Zu einer landesweiten Demonstration kamen am 23. Juni gerade mal 8 000 Studenten nach Essen. Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, wurde am Dienstag voriger Woche das Dekanat der Essener Universität, das Studenten fünf Tage lang besetzt gehalten hatten, von der Polizei geräumt. Die Besetzer des Rektorats der Universität in Duisburg zogen freiwillig ab.

Die Organisationen der Studierenden sind sich uneins über die Vorgehensweise, streiten über den Sinn und Unsinn von Unibestreikungen und darüber, wie viel Radikalität nützlich ist. »Es gibt keine gemeinsame Studierendenschaft«, sagt Sven Nauermann vom AK Studiengebühren. »Vielleicht fehlt einfach eine Initialzündung, damit die Studierenden endlich aufwachen.«

Kolja Schmidt vom Asta Bochum war bereits auf den Demonstrationen in den Jahren 1997 und 2003 dabei. »Die Universitäten haben sich verändert«, sagt er. 60 Prozent der Studierenden an der Universität seien mittlerweile Bachelor-Studenten. Durch den straffen Zeitplan des Studiums und die rigiden Anwesenheitsvorschriften in den Seminaren stünden sie unter größerem Zeitdruck und könnten es sich nicht leisten, sich neben dem Studium politisch zu engagieren. »Wer zur Demo fährt oder an der Vollversammlung teilnehmen will, ist auf das wohlwollende Placet des Professors angewiesen. Wer Pech hat, verliert unter Umständen ein Semester«, erläutert er. Ein Nebeneffekt der neuen Studiengänge, gegen deren Einführung sich die Proteste im Jahr 2003 unter anderem richteten, könnte also die Entpolitisierung der Studierenden sein.

Das Augenmerk der protestierenden Studenten richtet sich nun auf den Herbst. Denn in den letzten Wochen des Sommersemesters schreiben die meisten Kommilitonen Klausuren oder gleichen ihre Fehlstunden aus. Schließlich wollen viele schnell mit dem Studium fertig werden, bevor sie dafür bezahlen müssen. Daran, dass die Studiengebühren kommen, zweifelt kaum noch jemand.